

JAHRESBERICHT 1993

1.12.92 - 31.12.93

Verbandsangelegenheiten

Im Jahr 1993 konnte der Verband auf ein 10-jähriges Bestehen zurückblicken. Die Überzeugung, daß Schulleiter ihre spezifischen Interessen in einem eigenen Verband besser als in den Lehrerverbänden vertreten können, hatte am 15. August 1983 über 30 Schulleiter und stellvertretende Schulleiter zur Gründung der Interessenvertretung Berliner Schulleiter veranlaßt. Die Entwicklung des Berufsbildes "Schulleiter" durch die Arbeitsgemeinschaft der Schulleiterverbände Deutschlands, an der wir maßgeblich beteiligt waren, bestätigt die Überzeugung der Gründungsmitglieder.

Am Vorabend der Herbsttagung, am 15.11., gab der Vorstand einen Empfang aus Anlaß des Verbandsjubiläums im Ratskeller Schöneberg. Außer vielen Mitgliedern konnten wir auch den Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Schulwesen, Berufsbildung und Sport, Ulrich Arndt, begrüßen, der in Vertretung des Senators die Arbeit des Verbandes würdigte. Die Schulleiterverbände von Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein waren durch Vorstandsmitglieder vertreten. Der gelungene Abend gab Gelegenheit zu Gesprächen mit zahlreichen Gästen aus der Politik und der Schulverwaltung und mit anderen, welche die Arbeit des Verbandes begleitet und unterstützt haben.

An dieser Stelle soll allen gedankt werden, die als Mitglieder durch ihre Beiträge und Anregungen, insbesondere aber durch aktive Mitarbeit im Vorstand, in Arbeitsgruppen oder bei Veranstaltungen, den Verband gefördert haben. Wir gedenken aber auch aller Mitglieder, die der Tod von uns genommen hat, vor allem des Initiators der Gründung und späteren Vorsitzenden, Helmut Meyer, und des ersten Vorsitzenden, Heiko Klingebiel.

Die Gespräche mit den Vertretern der Behörden und Parteien sowie die Teilnehmerzahlen bei unseren Herbsttagungen beweisen, daß der Verband als Vertretung der Berliner Schulleiter anerkannt ist. Die Eintragung in das Vereinsregister erfolgte am 2.2.93. Die Zahl der Mitglieder ist auf nahe bei 120 angewachsen, wobei in der letzten Zeit deutlich Beitritte aus den östlichen Bezirken zu verzeichnen sind.

Die Höhe des Jahresmitgliedsbeitrages ist mit 70.- DM 10 Jahre lang konstant geblieben. Nach Auffassung des Vorstandes ist eine Anpassung des Beitrages an die Steigerung der Kosten (Porto), aber auch der Leistungen des Verbandes (Zeitschrift) in absehbarer Zeit erforderlich.

Über die Arbeit des Vorstands werden die Mitglieder informiert durch den "Berliner Beihefter" in der Zeitschrift "Pädagogische Führung" und durch gelegentliche Mitglieder-

briefe, von denen im Jahr 1993 sechs versandt wurden. Der redaktionelle Vorlauf der "Pädagogischen Führung" konnte durch Vereinbarung mit dem Verlag auf 1 Monat gesenkt werden, doch ist der häufig verspätete Auslieferungstermin unbefriedigend. - Themen, über welche die Mitglieder schon informiert wurden, werden im folgenden nur cursorisch behandelt.

Kollege Ernst-Günter Zander, durch Kooptation seit Juni 92 und durch Wahl seit Februar 93 Vorstandsmitglied, hat im August sein Amt niedergelegt. Seine Beauftragung als Schulleiter wurde im Sommer 93 widerrufen, und die rechtlichen Auseinandersetzungen in diesem Zusammenhang bedeuten eine starke Belastung. Für die Arbeit im Interesse des Verbandes, vor allem für seine Initiativen in Lichtenberg und darüber hinaus für die östlichen Bezirke, gilt ihm unser Dank.

Der Vorstand trat im Berichtszeitraum 11 mal zu Sitzungen zusammen, davon 2 mal ganztägig. Die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Herbsttagung beanspruchte die Zeit in den Vorstandssitzungen während des ganzen Jahres erheblich. Im laufenden Jahr hat der Vorstand die Mitglieder zu vier inhaltlich orientierten Mitgliederversammlungen eingeladen, in deren Folge bzw. zu deren Vorbereitung von Arbeitsgruppen Vorlagen erarbeitet wurden, welche der Vorstand gegenüber den politischen Entscheidungsträgern und der Schulbehörde vertritt.

Neben der Fortführung der laufenden Aktivitäten plant der Vorstand für das Jahr 1994 die Befassung mit folgenden Bereichen:

- Gespräche mit den Lehrerverbänden und den schulischen Gremien auf Landesebene
- Verstärkte Einbeziehung von die Oberschulen betreffenden Problemen
- Intensivierung der Pressearbeit
- Unterstützung des Schulleiterverbandes Brandenburg
- Erweiterung des Vorstands durch Kooptation

Der Vorstand hat beschlossen, die Jahresmitgliederversammlung i.d.R. für die zweite Februarhälfte einzuberufen, da weder die Mitgliederversammlung im Anschluß an die Herbsttagung 1991 noch die im Dezember 1992 beschlußfähig war.

Inhaltliche Schwerpunkte der Verbandsarbeit

- Schulautonomie

Auf der Mitgliederversammlung am 8.3. zum Thema "Verwaltungsreform" wurde eine Arbeitsgruppe aus Hänel, Geisel, König, Linkiewicz, Richter gebildet. Die von der Arbeitsgruppe erarbeitete Vorlage fand Eingang in die Planung der Herbsttagung und in die Gespräche mit den Parteien.

Die Herbsttagung zum Thema "Autonome Schule" am 16.11. fand mit über 250 Teilnehmern ein überaus starkes Interesse. Die grundsätzliche Forderung der Schulleiter nach erweiterten Rechten für die einzelne Schule wurde deutlich. Doch muß gesichert sein, daß der Staat sich nicht auf diesem Wege aus der Verantwortung für die Ausstattung der Schulen mit personellen und finanziellen Mitteln stiehlt und daß die Schulaufsicht zu einer adäquaten Neuformulierung ihrer Aufgabe findet. In Kürze wird der Vorstand eine Arbeitsgruppe aus Schulleitern und Schulaufsichtsbeamten bilden, von deren Ergebnis wir eine größere Durchsetzungskraft erwarten.

- Verbesserung des Unterrichts in Klasse 5/6 der Grundschule

Der Arbeitskreis Grundschule - Der Grundschulverband - e.V. - Landesverband Berlin (Leitung Peter Heyer) hatte GEW, VBE und IBS am 13./14.5. zur "Berliner Grundschulkonferenz" eingeladen. In den folgenden Monaten fanden, z.T. in Arbeitsgruppen, Beratungen statt, die in eine Vorstellung der Ergebnisse vor der Fachpresse am 26.8. und in eine öffentliche Veranstaltung am 4.11. mündeten. Die Mitgliederversammlung am 31.3. beschloß zu diesem Thema ein Papier, das Jurczok/Thiering im weiteren vertraten.

Die Forderungen der Berliner Grundschulkonferenz (s. PädF 5/93) werden von der IBS voll unterstützt. Darüber hinaus fordern wir im wesentlichen

- die Ausdehnung des Bandbreitenmodells auf die Klassen 5/6,
- eine Zusammenfassung der Teilungs- und Förderstunden sowie der Stunden für fakultativen Unterricht zu einem Pool und dessen Erhöhung auf 15% der Stunden lt. Stundentafel,
- die Kompetenz der Gesamtkonferenz, über die Verwendung des erweiterten Stundenpools Grundsatzbeschlüsse zu fassen,
- die Zulassung von zeitlich begrenzter Bildung leistungsdifferenzierter Teilungsgruppen.

- Dienstanweisung für Schulhausmeister

Die Arbeitsgruppe Baumann/Faller/Thiering/Poppele stellte ihren Entwurf für eine neue Dienstanweisung für Schulhausmeister, basierend auf einer Vorlage des Bayerischen Schulleiterverbandes, am 24.5. in der Mitgliederversammlung vor. Wie wir aus Telefonanrufen erfahren haben, hat das Papier unter den Schulhausmeistern bereits einigen Wirbel hervorgerufen. Die ÖTV hatte frühzeitig Interesse an Besprechungen über die Vorlage signalisiert, wick aber einem eingehenden Gespräch bisher aus. Der Vorstand wird nach einem erneuten, befristeten Angebot an die ÖTV mit dem Innensenator in Gespräche über den Entwurf eintreten. Ziele sind im wesentlichen, die Aufgaben des Schulhausmeisters genauer zu beschreiben, die Informierung des Schulleiters durch die Dienstbehörde über den Schulhausmeister betreffende Fragen zu sichern und das Weisungsrecht des Schulleiters zu erweitern.

- Umgang mit der Landeshaushaltsordnung, Selbstbewirtschaftung

Nach einer von Ramfeldt bei den Bezirken durchgeführten Umfrage, welche erneut die völlig unterschiedliche Praxis der Wirtschaftsstellen offenbarte, wurde das Thema auf der Mitgliederversammlung am 27.9. unter Teilnahme der Wirtschaftlerin eines Bezirks und Vertretern des Landesrechnungshofes erörtert. Dabei stellte sich zunächst heraus, daß nicht der Landesrechnungshof es ist, der die Bezirke zu einer restriktiven Handhabung der Landeshaushaltsordnung veranlaßt. Offenbar sind dafür nur die Wirtschaftler bzw. die Dezernenten verantwortlich. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Hänel, von Oelhafen und Winkler, wird sich erst größere Klarheit verschaffen, bevor über weitere Schritte beraten wird.

Aktivitäten im politischen Raum

Gespräche mit Vertretern der SPD fanden statt am 9.12.92 und am 9.12.93. Bezüglich der Realisierungschancen für einen erweiterten Stundenpool für die Grundschulen wurde für die nächsten Jahre Skepsis geäußert. Zur Zulassung leistungsdifferenzierter

Teilungsgruppen in der Grundschule wurde teils Interesse, teils Zurückhaltung deutlich. Einer Ausweitung der schulischen Entscheidungsrechte standen die SPD-Vertreter zustimmend gegenüber, wollen aber den an die Senatsverwaltung für Schulwesen auf Initiative der Fraktion Bündnis 90/Grüne im Schulausschuß des Abgeordnetenhauses ergangenen Berichtsauftrag abwarten. Bei der Zuweisung finanzieller Mittel an die Schulen durch die Bezirke traten die SPD-Vertreter für größere Transparenz ein, verwiesen aber auf die Zuständigkeit der Bezirke. Bei Lehr- und Lernmitteln soll nach dem Willen des Senats keine Kürzung vorgenommen werden.

Mit Frau Kollotschek, schulpolitischer Sprecherin der CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses, fand ein Gespräch am 25.2. statt. Von der Verwaltungsreform erwartet Frau Kollotschek eine ortsnahe Schulaufsicht und durch die Übertragung der Personalhoheit bei den Lehrkräften an das Land eine ausgewogene Lehrerversorgung. Die Forderung nach erweiterter Schulautonomie stieß eher auf Skepsis. Frau Kollotschek trat für eine Stärkung des Schulleiters ein, die sie u.a. von der Ausschließung hausinterner Bewerbungen und der Begründungspflicht der Gesamtkonferenz bei Ablehnung eines Einzelbewerbers erwartet. Im übrigen rief sie die Schulleiter dazu auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen.

Am 9.12. führten Vorstandsmitglieder ein Gespräch mit Frau Volkholz, schulpolitischer Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Grüne des Abgeordnetenhauses. Frau Volkholz erblickte keine Probleme bezüglich einer erweiterten Schulautonomie und forderte die Schulen auf, sich an einem entsprechenden Schulversuch zu beteiligen. Einer Ausweitung des personellen Rahmens für die Schulen gab sie keine Chance. Leistungsdifferenzierten Teilungsgruppen in der Grundschule steht sie ablehnend gegenüber.

Der Landesschulrat, Hans-Jürgen Pokall, empfing Vorstandsmitglieder am 20.1. zu einem Gespräch. Herr Pokall stimmte unserer Auffassung zu, daß die längere Vakanz von Schulleiterstellen sich nachteilig auf die Schule auswirke und vermieden werden müsse. Er trat wie wir für eine systematische Aus- und Fortbildung von Schulleitern ein. Gegenstand des Gesprächs war auch die Besetzung der Schulleiterstellen in den östlichen Bezirken (s.a. PädF 2/93).

Schulleiter- Aus- und -Fortbildung

Im Jahr 1993 haben wir ein wichtiges Ziel unserer jahrelangen Bemühungen erreicht. Zur Erinnerung: Vor 10 Jahren gab es ausschließlich die Kurse in der Verwaltungsakademie. Schon kurz nach der Gründung unseres Verbandes begannen wir mit Kursen im Rahmen der Lehrer- Fort- und -Weiterbildung, die wir fortführen, und über die gegenwärtig nichts Neues zu berichten ist. Auf unsere Initiative beauftragte die seinerzeitige Schulsenatorin, Frau Dr. Laurien, die ZLU mit der Schulleiterausbildung. In den letzten Jahren weitete sich das Angebot erfreulich aus, entbehrte aber der Systematik. Im Jahr 1992 rief Herr Dannert, Senatsschulverwaltung, alle an der Schulleiterfortbildung Beteiligten erstmals zur Beratung zusammen. Im Sinne unserer damals verfaßten ausführlichen schriftlichen Vorlage hat die Schulverwaltung im vergangenen Jahr unter unserer Beteiligung und der von Jobst Werner, Oberstudiendirektorenvereinigung, ein Bausteinkonzept entwickelt und im Herbst 93 erstmals durchgeführt. In über 4 Semester verteilten, mehrtägigen Kursen wird eine systematische Ausbildung unter unserer Beteiligung angeboten und ist sofort auf starkes Interesse gestoßen. Bei einer ersten auswertenden Besprechung in der Schulverwaltung am 2.12. , zu der der Abteilungsleiter, Dr. Fest, auch die Vertreter der Lehrerverbände eingeladen hatte, konnten wir er-

neut unsere Kompetenz in den einschlägigen Fragen unter Beweis stellen und weitere Forderungen - nach Verbindlichkeit der Schulleiterausbildung und nach mehrtägigen Kursen außerhalb Berlins.- untermauern.

Am 19.2. wurde die IBS zur Anhörung über das Gutachten des Gründungsbeirats für ein Berliner Institut für Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer (BIL) geladen. Unsere Stellungnahme, auch schriftlich vorgelegt, wurde beachtet, und wir können damit rechnen, daß - wenn das Institut denn errichtet wird - auf Grund unserer Forderungen eine eigene Abteilung für Leitungstätigkeit eingerichtet wird.

Im Januar und Februar 1994 wird der Vorstand 3 Wochenendkurse zur Vorbereitung der Schulleiter-Bewerber aus den östlichen Bezirken durchführen. Die eingehenden Anmeldungen machten eine Ausweitung des geplanten Angebots erforderlich.

Arbeitsgemeinschaft der Schulleiterverbände Deutschlands (ASD)

Über die laufende Entwicklung der ASD wurden die Mitglieder durch einen Rundbrief im Januar 1993 informiert.

Der Vorstand ist entschlossen, trotz mancher Enttäuschungen, das Engagement für die ASD im bisherigen Umfang fortzusetzen und, gemeinsam mit gleichgesinnten Schulleiterverbänden, zur Stärkung der ASD beizutragen. Anders sehen wir den Dachverband nicht in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen. Diese sehen wir in der Unterstützung der Landesverbände, jedoch nicht nur durch Informationsaustausch, sondern in der Wahrnehmung von Aufgaben auf Bundesebene und in der Öffentlichkeitsarbeit. Zu diesem Ziel leistet unser Verband seit Jahren nicht nur personellen Einsatz, sondern auch einen, gemessen an unserem Beitragsaufkommen, vergleichsweise hohen finanziellen Beitrag.

21.02.1994

Michael Jurczok
Vorsitzender